58. Jahrgang No. 394

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Mittwoch, 24. August 1910

„Internationalisierende Bestrebungen."

Der Kronprinz hat in seiner gestrigen Königsberger Rede in die dortige Professorenschaft seiner Abneigung gegen die „internationalisierenden Bestrebungen" Ausdruck gegeben, die geeignet seien, unsere „völkische Eigenart" zu bedrohen. Der aus dem Sprachschatz der österreichischen Klerikalen und Deutschnationalen nach Deutschland herübergekommene Ausdruck „völkische Eigenart" versetzt unsere nationalistische Presse in einen Taumel des Entzückens, und eins der schlimmsten Blätter dieser Richtung nimmt bereits den Kronprinzen für seine Tendenzen in Anspruch, ja, es entblödet sich nicht, aus der Rede Kapital für seine überaus frivolen Kriegshetzereien zu schlagen, indem es augenverdrehend ausruft:

So muß reden, wer einst als deutscher Kaiser sein deutsches vierundsechzigmillionenvolk durch alle Fährlichkeiten des europäischen „Weltfriedens" mit kraftvoller Hand führen soll!

Die Abneigung des Kronprinzen gegen die „internationalisierenden Bestrebungen" sollten sich vor allen Dingen diejenigen Kreise ad notam nehmen, in denen das internationale Element am stärksten ausgeprägt ist: der Hochadel. Dessen Familien, die die blaue Internationale bilden, sind „Weltbürger" in des Wortes verwegenster Bedeutung; sie alle kennen die verschiedensten Vaterländer ihr eigen, und mehr als andere Erdenbewohner haben sie das Wort zu ihrem Lebensprinzip erkoren: Ubi bene, ibi patria. Ein Studium im Gothaer Hofkalender nach dieser Richtung hin würde die wundersamsten Ergebnisse zutage fördern; allerdings gehören Monate dazu. Heute seien nur zwei Beispiele angeführt: der intimste Freund des Kaisers, der Fürst Max Egon zu Fürstenberg, ist ansässig in Baden, Preußen (Hohenzollern), Württemberg und Oesterreich. Er ist geborener Gesetzgeber in vier Parlamenten, im preußischen Herrenhause, in der badischen Ersten Kammer, der württembergischen Ersten Kammer, dem österreichischen Reichsrat. Die Herzöge von Arenberg sitzen in Westfalen und Belgien, und der Herzog Engelbert, der leutselige Herr, der sogar mit anderen Abgeordneten zusammen Kaffee trinkt, ist Mitglied des Zentrums im Deutschen Reichstage.

Und wie sieht es in den europäischen Dynastien aus? Sind diese nicht durch ihre Verspippungen und Verschwägerungen unter dem Ebenbürtigkeitsprinzip so international wie möglich? Man denke nur an die Koburger, das deutsch-englisch-belgisch-bulgarisch-portugiesische Welthaus! Das ist schließlich eine Internationalität, die mit der „völkischen Eigenart" ganz und gar nicht übereinstimmt. Völker können ihre Eigenart bewahren, auch wenn sie in einen noch so engen Verkehr miteinander treten, und sie können dadurch nur gewinnen, in materieller und ideeller Beziehung; und darum wünschen wir dem deutschen Volke, daß es seine internationalen Beziehungen immer weiter ausdehne!

Der Streit um die Zukunftsreligion.

Aus den gestrigen Verhandlungen des, gegenwärtig in Augsburg tagenden Parteitages des Zentrums verdient eine Debatte einiges Interesse, die sich bei der Besprechung der Missionsfrage über die Frage der Zukunftsreligion in Japan entwickelte. Wir entnehmen dem Bericht über diese Debatte folgende Stellen:

Justizrat Karl Bachem-Köln führte aus, man möge bei der Unterstützung der Missionen nicht bloß an die Heiden in Afrika denken, sondern auch eine offene Hand haben für die großen Missionsuniversitäten in China, Indien und Japan. Wenn es gelingt, Japan zu überzeugen, daß der Katholizismus in kultureller und volkswirtschaftlicher Hinsicht überlegen ist, wird er die Zukunftsreligion in Japan sein, und wenn es dem Protestantismus gelingt, Japan diese Ueberzeugung beizubringen, wird er diese Rolle spielen. Die jetzige Religion hat in Japan zu einer Verunsittlichung des Volkes geführt, und die Staatsmänner sehen eine schreckliche Zukunft vor sich. Daher wollen sie prüfen, welche Religion sich am besten bewährt, um sie einzuführen. Es geschieht dies nicht aus religiöser Ueberzeugung, sondern nach der Erwägung, welche Religion für die Zukunft Japans die beste sein wird.

Reichstagsabgeordneter Matthias Erzberger führte aus: Die Zeitumstände sind für die Christianisierung die denkbar günstigsten. Das größte Interesse müssen uns nach dieser Richtung unsere Kolonien einflößen. Die Hebung der Eingeborenen ist nur möglich durch deren Christianisierung. Das über Ostasien und Japan Gesagte kann ich unterschreiben.

Die jetzige japanische Volksreligion kennt nicht den Glauben an ein Jenseits. Die jetzigen Machthaber in Japan glauben das Volk gefügiger machen zu können, wenn sie ihm den Glauben an das Jenseits beibringen. Aus diesem Grunde erwägen sie die Frage der Christianisierung Japans, sie sind sich aber noch im Zweifel, ob sie dem Katholizismus oder dem Protestantismus den Vorzug geben sollen. Die Herren Bachem und Erzberger sind nun dafür, daß der Katholizismus alles daransetzen müsse, um in Japan mit Rücksicht auf den beabsichtigten Zweck dem Protestantismus den Rang abzulaufen. Die christliche Religion soll also hier Mittel zum Zweck sein, wie sie es für Karl den Großen und andere Zwangsbekehrer gewesen ist. Ahnen die Herren Bachem und Erzberger nicht, wie sehr sie das Wesen der Religion herabsetzen, indem sie ein Vorgehen billigen, bei dem die Religion nur Mittel zum Zweck, nur ein Werkzeug in den Händen der weltlichen Macht bilden soll? Wie turmhoch steht doch über einer derartigen Religionsauffassung gläubiger Zentrumsmänner die tiefreligiöse Ueberzeugung von Anhängern einer von jenen als „heidnisch" verschrienen Naturreligion.

Prinz Friedrich Leopold in Lissabon. Der Prinz Friedrich Leopold von Preußen ist gestern in Lissabon eingetroffen, um dem Könige Manuel die ihm vom Kaiser Wilhelm verliehenen Insignien des Schwarzen Adlerordens zu überreichen. Die feierliche Ueberreichung der Ordensinsignien fand heute statt.

Der Kaiser in Königsberg.

Wie aus Königsberg i. Pr. berichtet wird, machten gestern abend die Studenten eine Fackelkahnfahrt auf dem Schloßteich.

Zu der heutigen großen Parade des ersten Armeekorps auf dem Tedauer Exerzierplatz bei Königsberg begab sich der Kaiser mit Automobil um 9 Uhr 40 Minuten bis an die Nordwestecke des Exerzierplatzes, wo er zu Pferde stieg. Auf dem Paradefeld nahmen die Truppen des ersten Armeekorps unter dem Befehl des kommandierenden Generals v. Kluck in zwei Treffen Aufstellung. Der Parade wohnten unter anderen der Chef des Generalstabes General v. Moltke, der Kriegsminister v. Heeringen und der Generaloberst v. d. Goltz bei.

Gegen die Fleischteuerung.

Wie aus Leipzig berichtet wird, wurde gestern in fünf sozialdemokratischen Versammlungen, die von rund 12 000 Personen besucht waren, gegen die Fleischteuerung protestiert. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die sofortige Oeffnung der Grenze von der Reichsregierung gefordert wurde. Die Regierung soll ferner um Aufhebung der Viehzölle ersucht werden.

Vom Werftarbeiterstreik.

Ein Teil der Arbeiter der Ottensener Maschinenfabrik vormals J. F. Ahrens in Altona hat sich mit den Werftarbeitern solidarisch erklärt. In der Fabrik werden unter anderem auch Schiffsmaschinen hergestellt, und die Arbeiter haben, soweit die Herstellung von Schiffsmaschinen in Frage kommt, die Arbeit eingestellt. Es streiken auf dem Werk etwa 100 Mann.

Für die Budgetbewilliger.

Eine außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins München beschäftigte sich gestern mit der Budgetbewilligungsfrage. Folgender Antrag zum Parteitag in Magdeburg wurde gegen sieben Stimmen angenommen: „Der Parteitag in Magdeburg beschließt: Die Regelung der inneren Landespolitik der einzelnen Bundesstaaten erfolgt durch die Landesorganisationen und Instanzen, wie sie im deutschen Parteistatut vorgesehen sind. Der Parteitag erwartet von jedem einzelnen Genossen und jeder Vertretung der Partei in jeder Körperschaft, daß sie die Prinzipien des Sozialismus wahren und bei allen taktischen Maßnahmen das Interesse der Partei zu fördern bestrebt sind."

Der sozialdemokratische Verein in Straßburg i. Elf. lehnte in seiner Generalversammlung zwei gegen die badischen Genossen gerichtete Resolutionen ab. Er nahm weiter eine Resolution an, die den Parteitag in Magdeburg auffordert, zur reichsständischen Verfassungsfrage Stellung zu nehmen, und zwar, indem er sich gegen die Schaffung einer Dynastie, eines Oberhauses und des Pluralwahlrechts wendet und die Errichtung eines Bundesstaates mit republikanischer Form fordert.

Prinz Prosper v. Arenberg, der, wie berichtet, kürzlich aus dem Sanatorium des Dr. Lauenstein zu Hedemünden entlassen wurde, hat sich bereits nach Brüssel begeben, wo er die nächste Zeit verbringen will.

Friede zwischen Taft und Roosevelt.

Der Brief, den der Präsident der Vereinigten Staaten Taft an Herrn Griscom, den Präsidenten des republikanischen Komitees des Staates New-York, gerichtet hat, hat sehr großes Aufsehen in den ganzen Vereinigten Staaten hervorgerufen. Niemals in der Geschichte der Vereinigten Staaten hat sich ein Vizepräsident der Republik in einer derartig prekären Situation befunden, wie die ist, in der sich gegenwärtig Herr Sherman befindet. Die Enthüllungen des Präsidenten Taft in seinem Briefe an Griscom haben die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten sehr erregt. In den meisten Staaten drückt man vor allem den Wunsch aus, daß Herr Sherman seinen Posten als Vizepräsident so schnell wie möglich aufgeben möchte. Der Brief des Präsidenten Taft an Griscom sagt in kurzen Worten folgendes: Herr Sherman hat dreist gelogen! Herr Sherman hat ein wichtiges Dokument wissentlich unterschlagen! Herr Sherman wird ein Politiker von dem schlechtesten Geschmack! Der Präsident Taft hat sich von allen Anklagen und Verdächtigungen, die gegen ihn mehr oder minder offen gerichtet waren, vollständig reinigen können. In seinem Interview mit mehreren Journalisten schloß Taft mit der Versicherung, daß er sich nunmehr ganz der Partei Roosevelts anschließen werde, wie er das zu Anfang bereits beabsichtigt hätte.

Taft und die Tarifrevision.

Wie aus Beverly berichtet wird, hat der Präsident Taft in einem Schreiben an den Abgeordneten Mac Kinley erklärt, er wolle dem Kongreß eine Revision gewisser Tarifsätze empfehlen, die beruhen solle auf den Ergebnissen der Tarifkommission über die Produktionskosten in der Heimat und im Auslande.

Roosevelts Agitationsreise.

Herr Roosevelt begibt sich heute auf seine Wahlagitationsreise, die eine Redekampagne sein wird, wie sie bisher noch kein Redner der Vereinigten Staaten unternommen hat. Vor seiner Abreise in die Weststaaten erklärte er, daß er für einen hartnäckigen Kampf gerüstet sei, und daß er ohne Gnade die Partei der Bosses von der alten Garde, von den Reaktionären, verfolgen werde. Von meiner Seite, erklärte er, gibt es kein Kompromiß. Sherman hat bereits gestern seinen Wohnsitz Utica verlassen. Wohin er sich begeben hat, ist noch nicht bekannt geworden. Roosevelt wird heute in Utica eintreffen. Diese plötzliche unmotivierte Abreise Shermans wird als Eingeständnis, als Zeichen seiner Schuld, als Flucht ausgelegt. Roosevelt wird morgen in Utica bleiben und wird sich dann nach Buffalo und Chicago begeben. Am Freitag wird er in Omaha sprechen. Am 27. und 28. August befindet er sich in Cheyenne usw. Während dieser langen Tournee wird Roosevelt nicht weniger als vierzehn große Reden halten, neben einer großen Anzahl örtlich und zeitlich nicht bestimmter Ansprachen. In den großen Reden wird er sich hauptsächlich über die Zukunft der Progressisten aussprechen. Bei jedem Anhalten des Zuges wird Roosevelt von der Plattform seines Salonwagens herab zu der Menge sprechen. Roosevelt wird auf dieser Reise von 25 Journalisten begleitet werden, die hauptsächlich Vertreter nordamerikanischer und englischer Blätter sind.

Venizelos der kommende Mann.

Der kretische Ministerpräsident Venizelos, der mit überwältigender Mehrheit in die griechische Nationalversammlung gewählt worden ist und der sich gegenwärtig in der Schweiz aufhält, hatte dort eine Unterredung mit dem Vertreter des Pariser „Temps" in Lausanne. In dieser erklärte er, daß die Kreter im Vertrauen auf die Gerechtigkeit und die Gewogenheit der Schutzmächte hinsichtlich der Zukunft ihres Landes beruhigt seien. Er halte es für einen Fehler, unter den gegenwärtigen Umständen für die griechische Nationalversammlung Kreter vorzuschlagen und zu wählen, die das griechische Indigenat nicht besitzen. Das sei um so bedauerlicher, als diese kollektiv aufgestellten Kandidaturen eine besonders unzeitige Manifestation bedeuteten. Sowohl in Kreta wie in Griechenland gäbe es viele, die diese seine Ansicht teilten. Er persönlich habe vor zwei Wochen vor seiner Durchreise durch Athen denen, die ihm eine Kandidatur anboten, formell erklärt, daß er, solange er in Kreta öffentliche Aemter bekleide, ein Mandat zum griechischen Parlament nicht annehmen könne. Er habe ferner erklärt, daß es ihm schwer, wenn nicht unmöglich sein werde, in diesem Augenblick seine Verpflichtungen in Kreta im Stich zu lassen. Wenn er trotzdem sich entschließen sollte, in Kreta zurückzutreten, so könne es keine Schwierigkeiten verursachen, wenn er seinen Sitz im griechischen Parlament einnehme, um so weniger als seine Eigenschaft als griechischer Bürger auch in den Augen der ottomanischen Regierung unbestreitbar sei. Wenn er sich, obgleich er griechischer Bürger sei, der Teilnahme an den griechischen Fragen enthalte, so geschehe das, weil er in seiner Eigenschaft als Chef der kretischen Regierung es nicht an Willfährigkeit gegen die Schutzmächte fehlen lassen möchte. Dies Verhalten bedeute jedoch nicht, daß er oder seine Kollegen der Türkei das Recht zuerkennen, sich in Fragen dieser Art einzumischen. Venizelos fügte dann noch hinzu, es sei nicht unwahrscheinlich, daß er bei späteren Wahlen ein ihm angebotenes Mandat zur griechischen Kammer annehmen würde, nachdem er seine Aemter in Kreta niedergelegt hätte.

Wie aus Konstantinopel berichtet wird, hat die türkische Regierung der türkischen Presse empfohlen, gegen die Wahl Venizelos' zur griechischen Nationalversammlung die öffentliche Meinung nicht aufzureizen, weil die Pforte die Einhaltung der Versicherungen der Kretafschutzmächte abwarten will, wonach die Wahl keinen Einfluß auf die Kretafrage ausüben und Venizelos jede Verbindung mit Kreta abbrechen werde.

Ueber das französische Kriegsgewehr

besagt eine Note des französischen Kriegsministeriums:

Frankreich steht, was sein Kriegsgewehr anbetrifft, nicht schlechter da als andere Mächte. Das Kriegsministerium ist übrigens, wenn sich das Bedürfnis dazu herausstellt, imstande, eine neue Waffe einzuführen, die alle Fortschritte in sich vereinigt. Diese Umwandlung würde eine Ausgabe von ungefähr einer Milliarde erfordern, kann also nicht ohne unbedingte Notwendigkeit unternommen werden.

Ein eigenartiges Mißgeschick ist der französischen Marine bei Schießversuchen widerfahren. Aus Brest wird darüber berichtet: Bei den jüngsten Schießversuchen an Bord des Panzerkreuzers „Edgar Quinet" hat sich herausgestellt, daß die Geschosse für die 194-Millimeter-Geschütze einen größeren Durchmesser als die Geschützrohre hatten, weshalb die Versuche abgebrochen werden mußten.

Keine Cholera in Triest. Einer Blättermeldung über Cholerafälle in Triest gegenüber wird von zuständiger Seite festgestellt, daß dort weder ein Cholerafall noch auch nur ein choleraverdächtiger Fall vorgekommen ist.

Wie aus Kleinasien berichtet wird, ist in Erzerum ein neuer Cholerafall vorgekommen.

Der siebente internationale Transportarbeiterkongreß wurde gestern in Kopenhagen eröffnet. Es waren fleißig Telegierte anwesend. Paul Müller-Berlin sprach einleitend über die Wirksamkeit des Reedereiverbandes. Die Verhandlungen finden hinter streng verschlossenen Türen statt. Selbst die Presse wurde ausgeschlossen. Präsident Anderson vom dänischen Seemannsverbande bezeichnete den internationalen Streik als schwer durchführbar.

Rektor Bock und die Aufsichtsbehörde.

Was bei dem jetzt ans Licht gekommenen scheußlichen Treiben des Rektors Bock die öffentliche Meinung, vor allem auch die Eltern schulpflichtiger Mädchen mit Recht am meisten erregt und beunruhigt hat, ist die Tatsache, daß der gewissenlose Kinderverderber lange Jahre hindurch seine Schandtaten ausüben konnte, ohne daß die Aufsichtsbehörde von seinem Treiben Wind bekam, während andererseits in der Kollegenschaft des jetzt der Bestrafung entgegensehenden Rektors schon seit langem über seine Verfehlungen mehr oder minder deutlich gesprochen wurde.

Wir haben sofort beim Bekanntwerden des Falles Bock der Vermutung Ausdruck gegeben, daß hier wohl das Bestreben, die „Autorität" des Rektors zu schützen, die Aufsichtsbehörde davon abgehalten hat, den Beschuldigungen gegen Bock mit ausreichender Gründlichkeit nachzugehen; dieses Bestreben hat die Aufsichtsbehörde so voreingenommen gegen Beschwerdeführer gemacht, daß diese schließlich schwiegen, um nicht selbst in eine unangenehme Lage zu kommen. Unser Verdacht wird jetzt bestätigt durch Mitteilungen, die uns von verschiedenen Seiten zugehen und die, wenn sie sich auch nur teilweise bestätigen, ein vernichtendes Urteil über die Schulaufsichtsbehörde bedeuten.